Eigenthum, Druck und Verlag von R. Graßmann.
Annahme von Inseraten Schulzenstraße 9 und Kirchplatz 3.
Redaktion und Expedition Kirchplatz 3.

Abonnement monatlich 50 Pfg., mit Trägerlohn 70 Pfg.,
auf der Post vierteljährlich 2 Mk., mit Landbriefträgergeld 2 Mk. 50 Pfg.
Inserate die Petitzeile 15 Pfennige.

Stettiner Zeitung.

Morgen-Ausgabe. Sonntag, den 2. Oktober 1887. Nr. 459.

Deutschland.

Berlin, 1. Oktober. Die kaiserlichen Majestäten haben den gestrigen Geburtstag der Kaiserin im allerbesten Wohlsein verlebt. Heute nahm der Kaiser wieder einige Vorträge entgegen erledigte Regierungsangelegenheiten und empfing den Besuch mehrerer Fürstlichkeiten 2c.

— Die in Rom erscheinende „Tribuna“ erfährt aus Venedig, daß der deutsche Kronprinz sehr gut aussehe, jedoch Niemand wegen seiner Halsbeschwerden empfange. Am Donnerstag Morgen machte der Kronprinz eine Promenade auf dem Markusplatz und besuchte für einen Augenblick den Dogenpalast; in der Kunst-Ausstellung verblieb er dagegen drei Stunden.

— Der Kaiser von Brasilien, welcher zwei Monate lang in Baden-Baden weilte, verließ mit seiner Familie heute früh 10 Uhr Baden-Baden, um sich vorerst nach Koburg, von dort über Köln nach Brüssel und sodann nach Paris zu begeben. Zur Verabschiedung war Kaiser Wilhelm auf dem Bahnhof erschienen, außerdem der Großherzog und die Großherzogin von Baden, der Prinz Heinrich von Preußen und der Großherzog von Sachsen-Weimar. Die Spitzen der Behörden und viele Personen von Distinktion waren ebenfalls anwesend.

— Der Zollvertrag zwischen dem Sultan von Sansibar und der deutsch-ostafrikanischen Gesellschaft liegt seit einigen Tagen Hamburger, mit den Verhältnissen Sansibars vertrauten Firmen zur Begutachtung vor. Nach der „Post“ heißt es jetzt wieder, daß — entweder gegen eine Abfindung oder Pacht — der Sultan „die Hoheitsrechte an dem ihm zugesprochenen sehr schmalen Küstenstreifen von Wanga bis zur Tanamündung entsprechend dem englischen Machtgebiet den Engländern, und von der Rovumamündung bis Wanga, vom 10. bis zum 4. Grad südlicher Breite, an Deutschland abgetreten hat.“ Es wäre danach die den Inseln Pemba, Sansibar und Mafia gegenüberliegende Küste in einer Längenausdehnung von nahezu hundert deutschen Meilen mit den Häfen Pangani und Dar es Salam unter deutschen Schutz und deutsche Hoheit gelangt. Diese Mittheilungen über die neuen Erwerbungen der deutsch-ostafrikanischen Gesellschaft ergänzend, berichtet Lieutenant Wißmann: „Die deutsch-ostafrikanische Gesellschaft hat die ganze Küste in der deutschen Interessensphäre vom Sultan von Sansibar in Pacht genommen, und zwar zunächst auf fünf Jahre.“

Der „N. Pr. Ztg.“ zufolge hat die deutsch-ostafrikanische Gesellschaft am Mittwoch „wichtige Beschlüsse“ gefaßt, die aber vorläufig noch nicht bekannt gegeben werden sollen, weil zu befürchten stände, daß der Sultan von Sansibar davon auf telegraphischem Wege früher in Kenntniß gesetzt werden würde, als es offiziell geschehen kann, wodurch Unzuträglichkeiten entstehen könnten. Vor allen Dingen wird man über die Pacht- oder Abfindungsbedingungen, die dem Sultan für Ueberlassung des Küstengebietes gewährt worden, Genaueres erfahren müssen, um beurtheilen zu können, wer bei dem Geschäft den Nutzen davon getragen hat. Eine „fünfjährige“ Pachtfrist würde für eine Kolonialgründung von dieser Perspektive in jedem Falle nur sehr schwache Hoffnungen erwecken können.

— Aus Kiel, 29. September, wird der „Voss. Ztg.“ geschrieben: Nach fünfeinhalbjähriger Abwesenheit lief gestern das Kanonenboot „Hyäne“, Kommandant Kapitänlieutenant Galster II., glücklich in den Kieler Hafen ein. Das kleine Fahrzeug wird morgen von dem Stationschef Vize-Admiral von Blanc besichtigt werden und Sonnabend die Reise nach Danzig antreten, wo die Außerdienststellung erfolgt. „Hyäne“ hat den weitaus größten Theil der letzten 5 Jahre als Stationsschiff in der Südsee zugebracht. Dort hat das Kanonenboot zunächst unter Führung des Kapitän-Lieutenants Geiseler zahlreiche Kreuz- und Querfahrten gemacht. Von größeren Expeditionen sei nur an diejenige aus dem Jahre 1883 gegen die Hermit Insulaner, sowie an die Fahrt nach Neu Irland im Jahre 1884 erinnert. Als in diesem Jahre die Flotten-Demonstration gegen Sansibar unternommen wurde, wurde die „Hyäne“ aus der Südsee herangezogen und unter den Befehl des Kontreadmiral Knorr gestellt, und blieb später mit dem Kreuzer „Möwe“ Stationsschiff auf der neu eingerichteten ostafrikanischen Station.

Das vor einigen Tagen in Dienst gestellte neue Kanonenboot „Eber“, Kommandant Kapitänlieutenant Bethge, ist eifrig damit beschäftigt, seine Probefahrten zu erledigen. In der nächsten Woche wird das Fahrzeug voraussichtlich die Reise nach Australien antreten, wo es als Stationsschiff Verwendung finden soll.

Die Segelfregatte „Niobe“, Kommandant Kapitän z. S. Aschenborn, stellt heute und morgen außer Dienst.

Das Schulgeschwader (Chef: Kontre-Admiral v. Kall) tritt am 1. Oktober die Ausreise an und begiebt sich zunächst, Plymouth, Lissabon, Cadix und Cartagena anlaufend, ins Mittelmeer.

— Die deutsche Regierung soll sich, wie bereits telegraphisch gemeldet, nach einer der französischen Regierung zugegangenen Mittheilung bereit erklärt haben, der Wittwe des erschossenen Piqueurs Brignon eine Unterstützung zu gewähren. Verdienen die menschlichen Rücksichten, aus denen dieses freiwillige Anerbieten erfolgt sein würde, Anerkennung — so könnte doch dem Verlaufe und dem Ergebnisse der Untersuchung dadurch in keiner Weise präjudizirt werden. Von ihrem Pariser Korrespondenten wird der „Nat.-Ztg.“ gemeldet:

Paris, 29. September. Meine gestrigen telegraphischen Mittheilungen bezüglich der französischen Behauptungen hinsichtlich des Thatbestandes sind in einer heute Abend im „Temps“ erschienen offiziösen Note noch weiter ausgeführt; ich denke, daß die Unparteilichkeit erheischt, diese Note wiederzugeben. Dieselbe lautet wie folgt: „Wir haben mitgetheilt, daß Herr Flourens gestern gelegentlich des diplomatischen Wochen-Empfanges den Besuch des deutschen Botschafters, Grafen Münster, erhalten hatte. Wie wir noch sagten, hat der Minister des Aeußeren dem Botschafter die wichtigsten Dokumente des Berichtes des General-Prokurators von Nancy mitgetheilt. Herr Flourens hat sich sodann bemüht, zwei Punkte besonders hervorzuheben, zuvörderst, daß man keinen Blutflecken auf deutschem Gebiete gefunden hat; die konstatirten Blutflecken befanden sich sämmtlich auf französischem Boden, sieben Meter von den Grenzsteinen. Es ist ausgeschlossen, daß Jemand, dessen Knie durch eine Kugel durchbohrt ist, welche eine Wunde von 12 Zentimeter Durchmesser hervorgebracht hat, nicht auf der Stelle hingesunken ist und dann noch einige Schritte hätte laufen können. Herr von Wangen ist also auf französischem Gebiete verwundet worden. Dasselbe Raisonnement ist auf das andere Opfer anwendbar, das durch eine Kugel getroffen war, die, in den Unterleib gedrungen, das Rückgrat erreicht hatte. Der zweite Punkt, den die französischen Erhebungen konstatiren, ist die Flucht des deutschen Agenten, der dadurch die Unregelmäßigkeit seiner Handlung bewiesen hat. „Was würde man“, hat der Minister des Aeußeren bemerkt, „von einem Polizei-Beamten sagen, der die Flucht ergriffe, nachdem er einen auf der That ertappten Dieb getödtet hätte? Angenommen, der deutsche Agent habe die französischen Jäger bei einer ungesetzlichen Handlung betroffen, so hätte er doch nicht fortlaufen müssen, um dieselbe festzustellen. Die französischen Erhebungen haben also unwiderlegbar bewiesen, daß eine von dem deutschen Agenten wissentlich verübte Grenzverletzung stattgefunden hat.“ Nachdem Graf Münster von diesen Dokumenten Kenntniß genommen, hat er sich nicht, wie ein Morgenblatt sagt, sogleich überzeugt erklärt. Er hat wiederholt, daß er, da die deutsche Untersuchung noch nicht beendet sei, selbstverständlich keine bestimmte Ansicht ausdrücken könne, daß er aber sicher sei, die deutsche Regierung werde die verlangte Befriedigung gewähren wenn die Thatsachen als genau erkannt sein würden.“

Ein Telegramm der „Voss. Ztg.“ meldet Folgendes:

Paris, 1. Oktober. Fast alle Blätter verzeichnen einfach Graf Münster's Mittheilung über die freiwillige Bewilligung einer Geldentschädigung an die Wittwe Brignon seitens Deutschlands und die Begnadigung des jungen Schnäbele, wenn auch meist mit auffallender Schrift; beide Nachrichten wurden hier zu spät bekannt, um noch Zeitungs-Betrachtungen zu veranlassen. Nur „Figaro“ sagt: „Hoffentlich wird man nicht von einem Zurückweichen Deutschlands sprechen; die deutsche Regierung hat das Unrecht eingesehen, sie hat es rasch und zuvorkommend eingestanden und dem Eingeständniß die Korrektheit gegeben, welche die Deutschen, wenn sie wollen, ihren amtlichen Handlungen zu geben verstehen.“

— Der Telegraph hat bereits gemeldet, daß der „Attentäter von Cheminot“, des vielgenannten ehemaligen Polizeikommissars und nunmehrigen Sprachlehrers Schnäbele vielversprechender Sohn, durch die Gnade des Kaisers der Freiheit wiedergegeben ist, nachdem er von der ihm zudiktirten Strafhaft nicht viel mehr als vierundzwanzig Stunden abgebüßt hat. Durch die hochherzige Entschließung des Kaisers ist mithin die Angelegenheit in einer Weise erledigt, die auch dem verbissensten Franzosen jeden Anlaß zu Rekriminationen benimmt. Das so glimpflich davongekommene Bürschchen aber wird hoffentlich die empfangene Lektion beherzigen und künftighin seinen Eifer mehr im Studium des Horaz — so weit hat es Schnäbele junior ja ungefähr gebracht — als in der Theilnahme an politischen Agitationen bethätigen. Inzwischen wird ein Bericht über die gegen den jungen Aufwiegler vor der Strafkommer des Metzer Landgerichts durchgeführte Verhandlung für unsere Leser noch von Interesse sein.

Zu derselben — so schreibt die „Lothr. Ztg.“ — hatten sich so zahlreiche Zuschauer eingefunden, daß der wenig geräumige Sitzungssaal bis auf den letzten Platz gefüllt war. Männer aus allen Berufszweigen, Einheimische und Altdeutsche waren erschienen, ja selbst das schönere Geschlecht hatte die Schaulust nicht unterdrücken können, sondern glänzte durch einige Repräsentantinnen, welche, um besser beobachten zu können, auf den hinteren Bänken des Sitzungssaales Aufstellung genommen hatten. Neun Uhr war soeben vorüber, als der junge Schnäbele erschien, ihm zur Seite ein „schwerer Junge“, ein schon mehrfach wegen Diebstahls bestraftes Individuum, das gleichfalls der heutigen Aburtheilung harrte. Innerhalb 15 Minuten war der Letztere abgethan, mit bewundernswerther Schnelligkeit hatten ihm die Richter $1^1/_2$ Jahre Zuchthaus aufgekreidet. Dann richteten sich Aller Augen auf den Helden des Tages. Man wußte, daß das Bürschchen klein und schmächtig von Gestalt ist, daß aber die Winzigkeit sich auf ein solches Minimum erstreckte, wie jetzt hervortrat, hatte man nicht vermuthet. Jeder hätte ihm 12 Jahre gegeben und ihn zum Kollegen des ewigen Quartaners Karlchen Mießnick gemacht, der nicht gewußt hätte, daß er ganze 14 Jahre und dazu ein kluger Primaner ist, der schon Einiges für die Unsterblichkeit gethan. Als nun gar der Held mit einem dünnen Stimmchen antwortete und die Versicherung gab, er habe doch ganz und gar nicht gewußt, daß er eine so schlimme That verübt, da war der „Pipifax“ für Jeden fertig. Im Verlaufe der Verhandlungen konnte sich dieser Eindruck nur vertiefen. Der Junge schaute so harmlos drein, als ginge ihn die ganze Geschichte nichts an. Die Höhe der Fenster, die Anklagebank, die würdige Amtstracht der Richter schienen ihn zu interessiren. Mitunter warf er einen scheuen Seitenblick auf den gestrengen Herrn Staatsanwalt, seine stereotype Stellung aber war die, daß er dem Publikum den mit einem kurzen Röckchen bedeckten Rücken zeigte, die Hände auf den Rücken legte und mit den Fingern spielte.

Die Anklage lautete dahin, daß Schnäbele jun. öffentlich ein Zeichen ausgestellt habe, welches geeignet war, den Geist des Aufruhrs zu verbreiten und den öffentlichen Frieden zu gefährden. Bei Feststellung der Personalien des Angeschuldigten, der am 4. Juni 1872 zu Pont-à-Mousson geboren wurde, gab der junge Schnäbele in französischer Sprache Antwort. Auf die Frage des Präsidenten Herrn Dr. Rödler, ob er nicht deutsch sprechen könne, antwortete Schnäbele, er sei nur der französischen Sprache mächtig. Deutsch könne er zwar lesen, aber nur unvollkommen sprechen. In dem kurzen Verhör gab der Angeschuldigte abermals zu, das betreffende Plakat geschrieben und angeheftet zu haben; er und seine Kameraden, so äußerte er sich, hätten sich von der Tragweite der Handlung keinen rechten Begriff gemacht; sie hätten das Plakat blos zum Scherze angeschlagen und hätten überhaupt an nichts Arges gedacht. Der Vertreter des öffentlichen Ministeriums, Herr Staatsanwalt Machenschein, beantragt, ehe zur Hauptverhandlung geschritten wird, die Verhandlung auf einen oder zwei Tage zu vertagen, damit der Geisteszustand des Angeschuldigten einer wissenschaftlichen Untersuchung unterzogen werde, dies erscheine nothwendig, weil in französischen Zeitungen und auch von dem Vater des Angeklagten behauptet werde, der junge Schnäbele habe in einer Anwandelung von Geistesstörung gehandelt. Obwohl die That als ein Bubenstreich zu bezeichnen sei, so liege doch der Fall derart, daß man diese Annahme nicht direkt von der Hand weisen könne. Der Vertheidiger, Herr Rechtsanwalt Müller, schließt sich dem Antrage des Herrn Staatsanwalts an, welcher Antrag jedoch von dem Gericht abgelehnt wird. In dem nun folgenden Plaidoyer des Staatsanwalts ging derselbe ziemlich streng gegen den Angeklagten vor. Er führte aus, daß Schnäbele jun. seinen Vater auf alberne Weise habe rächen wollen und daher auf den Gedanken gekommen sei, die Proklamation anzuschlagen. Er habe seinen Namen mit demjenigen seines Vaters verknüpfen wollen, um sich berühmt zu machen, deshalb habe er die Proklamation unterzeichnet. Der Herr Staatsanwalt bestritt das Vorhandensein mildernder Umstände und beantragte eine Gefängnißstrafe von 3 Monaten nebst einer Geldstrafe von 20 Mark. In seiner ungemein geschickten Vertheidigungsrede hob Herr Rechtsanwalt Dr. Müller hervor, daß die Politik der Sache völlig fernstehe. Er charakterisirte die That des Angeklagten als einen Bubenstreich, der einer gerichtlichen Bestrafung nicht einmal würdig sei; aus diesen Gründen erachtete er einen Verweis als hinreichend, um das Vergehen zu sühnen. Das Gericht wolle Gnade walten lassen, es möge auch der moralischen Tortur der Eltern gedenken und mildernde Umstände zulassen. Nach kurzer Berathung verkündete der Herr Präsident der Strafkammer das Urtheil, welches auf eine Gefängnißstrafe von 3 Wochen und eine Geldstrafe von 20 Mark lautete. Der Angeklagte hörte das Urtheil mit großer Ruhe an und schien dasselbe erwartet zu haben. Der Bruder des jungen Schnäbele war bei der Verhandlung zugegen.

— Trotz aller Wachsamkeit vermag die Regierung in Irland das Abhalten verbotener Versammlungen der Nationalliga nicht zu verhindern. „Mögen auch“, heißt es in der Zeitung „United Ireland“, „Versammlungen durch Militär und Polizei aufgelöst werden, abgehalten werden sie doch.“ Die Regierung scheint in dieser Beziehung thatsächlich ohnmächtig zu sein. Um so fleißiger macht sie Gebrauch von den Befugnissen, welche ihr das Zwangsgesetz zur Erhebung von Anklagen gewährt. Hierüber meldet heute ein Telegramm aus London:

„Der Abgeordnete O'Brien und der Lordmayor von Dublin, Sullivan, erhielten Vorladungen, nächsten Donnerstag im Dubliner Polizeigericht zu erscheinen, um sich wegen eines Vergehens gegen das Zwangsgesetz zu verantworten. Sie sind beschuldigt, in den ihnen gehörigen Zeitungen „United Ireland“ beziehungsweise „Nation“ Berichte über Verhandlungen in Versammlungen unterdrückter Zweige der Nationalliga veröffentlicht zu haben.“

— Aus Mannheim, 30. September, wird der „Nat.-Ztg.“ geschrieben:

„Der Landesausschuß der nationalliberalen Partei Badens hat nunmehr Stellung genommen zu den bevorstehenden Landtagswahlen, insbesondere zu den von den intransigenten Ultramontanen erhobenen Forderungen. Der heute Abend im „Mannheimer Journal“ veröffentlichte Wahlaufruf läßt keinen Zweifel über die wahren Gesinnungen der liberalen Kammermajorität aufkommen. Der Landesausschuß fordert die Wähler auf, nur solchen Männern ihre Stimmen zu geben, „die fest und treu, ohne Rückhalt, Neben- und Hintergedanken, zu dem mit schweren Opfern errungenen Einigungswerk, zu Reich und Kaiser stehen“. Mit Gerechtigkeit und Billigkeit wünscht die nationalliberale Partei alle Ansprüche abge-

wogen, welche an den Staat erhoben werden; es soll aber dabei wie bisher stets diejenige Grenze eingehalten werden, welche der Staat zu seinem und zum Schutze anderer Berechtigter nach Verfassung und Herkommen zu ziehen verpflichtet ist. Den ultramontanen Aspirationen und insbesondere der Sehnsucht nach Rückkehr der Orden wird in dem Aufruf mit aller Entschiedenheit entgegengetreten. Es heißt da wörtlich:

„Eine in neuester Zeit wieder mehr als je zu Tage tretende, in ihren Endzielen zur Zeit noch verschleierte Begehrlichkeit einer bekannten Partei wird unseres reiflichen Erachtens in den Schranken zu halten sein, welche die Verfassung des Landes, die Gleichberechtigung Aller, die Eintracht der Konfessionen unerläßlich festsetzen. Sollten auf diesem Gebiete solche unzulässige Forderungen wirklich erhoben oder gar der Versuch gemacht werden, unser auf eine helle Vergangenheit zurücksehendes Land und Volk zu Einrichtungen zurückzuführen, deren Geist den gerechten Ansprüchen unserer Zeit feindselig gegenübersteht, so hoffen wir mit unverbrüchlicher Zuversicht, es werden die aus den Wahlen hervorgehenden Abgeordneten des badischen Volkes, getragen von deutschem Geist und eingedenk der guten badischen Traditionen, ein solches, den Frieden nicht bringendes, sondern ihn dauernd bedrohendes Ansinnen mit aller Entschiedenheit zurückweisen."

Die Sprache ist deutlich. Die Namen Lamey, Eckhardt, Fieser, Bassermann u. A., die unter dem Aufruf verzeichnet sind, geben auch die Gewähr, daß die Kammermajorität dem vom Kultusminister vorbereiteten Gesetzentwurfe, falls er den Wünschen der Ultramontanen gerecht oder bis zur Tagung der Kammer nicht vorsichtshalber abgeändert wurde, entschiedenen Widerstand bereiten wird. Die oberste katholische Kirchen-Behörde Badens hat es sich dann selbst zuzuschreiben, wenn sie mit ihren Wünschen Fiasko macht. Man hat es in Baden nicht vergessen, welche Haltung Erzbischof Roos zur Zeit der Septennatswahlen einzunehmen für gut fand, wie er für alle Aufforderungen, den Geistlichen die Hetzpredigten zu untersagen, nur ein Achselzucken übrig hatte, wie er es stillschweigend duldet, daß das ultramontone Hauptorgan Badens seit Monaten wieder die Ultramontanen gegen die Mitbürger aufwiegelt. Ein Wort, ein Wink von Freiburg und der „Beobachter" hätte sich eines anderen Tons befleißigen müssen. So aber setzen die Herren ihren Mitbürgern die Pistole auf die Brust und — ersuchen sie freundlichst, ihre „bescheidenen" Wünsche zu erfüllen. Nach der heute erfolgten Veröffentlichung des Aufrufs der national-liberalen Partei dürfte der Agitation für die Orden ein ergebnißloses Ende sicher sein."

Ausland.

Wien, 30. September. Die Besprechungen der ungarischen Thronrede lauten durchwegs sehr nüchtern, gewissermaßen resignirt. Der Friedenspassus wird als nicht vollständig beruhigend aufgefaßt.

Graf Taaffe konferirte gestern mit Tisza wegen der Verzehrungs-Steuern. In dieser Session werden beiden Parlamenten noch zwei Gesetze über die Reform der Spiritus- und Zuckersteuer vorgelegt, die am 1. September 1888 ins Leben treten sollen.

Der Komiker Matras ist im Irrenhause gestorben.

Bei dem gestrigen Ausfluge der Hygieniker nach dem Semmering verunglückte beim Abstieg vom Sonnwendstein der Archivdirektor Knapp aus Stuttgart, indem er sich ein Bein brach. Die Rettungsgesellschaft holte den Verunglückten vom Bahnhof und brachte ihn ins Hotel.

Pest, 30. September. Die dem Staate gehörige Kleinparamer Eisenfabrik brannte theilweise ab. Der Schaden wird auf 300,000 Gulden geschätzt.

Brüssel, 29. September. Das Eintreten der sozialistischen Arbeiterpartei in den um die Gemeindewahlen in Belgien entbrannten Wahlkampf hat die liberalen Doktrinäre und die Klerikalen recht unsanft aus ihrem Schlummer geweckt. Eine neue bisher ganz rechtlose Partei verlangt zum ersten Mal Sitz und Stimme in den Rathhäusern; die Gerechtigkeit des Anspruches der Arbeiter kann nicht gut bestritten werden und so machen die liberalen Doktrinäre gute Miene zum bösen Spiele. In den meisten Städten und Ortschaften ist zwischen den Liberalen und der Arbeiterpartei ein Abkommen geschlossen worden, welches der letzteren einen auch zwei Sitze in den künftigen Gemeinderäthen sichert. Am heftigsten ist der Wahlkampf in Brüssel, wo die Progressisten und Radikalen im Bunde mit den Arbeitern unter der Leitung des ebenso begabten wie beredten Advokaten Janson „Tod den Doktrinären" geschworen und maßlos die Liberalen angreifen. Sie wollen sämmtliche ausscheidenden liberalen Gemeinderäthe, darunter den Bürgermeister Buls, durch Radikale und drei sozialistische Arbeiter ersetzen, während die durch die Angriffe der Radikalen erbitterten Doktrinäre die ausscheidenden Räthe und einen „monarchisch gesinnten" Arbeiter wählen wollen. Die Klerikalen schauen mit sichtlichem Wohlgefallen dem erbitterten Streite der Liberalen zu, schüren ihn nach Möglichkeit, sind aber noch nicht einig, wie sie diese für sie günstige Lage am vortheilhaftesten ausnutzen können. Bei allen Unbefangenen erfährt das Vorgehen Janson's gegen den entschieden liberalen Bürgermeister Buls scharfe Mißbilligung. Buls hat sich jederzeit als treuer Hüter der städtischen Freiheiten bewährt, das Schulwesen, die öffentlichen Bauten und die städtischen Verschönerungen kräftig gefördert und in seiner sechsjährigen Amtsthätigkeit die Finanzen weise verwaltet. Nicht eine einzige neue Steuer — allerdings sind die alten hoch genug — ist von ihm eingeführt worden; durch die von ihm durchgesetzte Konvertirung der alten Stadtanleihen hat er die jährlichen Verpflichtungen der Stadt um 800,000 Franks erleichtert und baare 20 Mill. Franks für öffentliche Arbeiten der Stadtkasse zugeführt.

Paris, 29. September. Selbst die schon seit Jahrhunderten zu Frankreich gehörigen, von einer christlichen, gesitteten, wenn auch größtentheils farbigen Bevölkerung bewohnten Inseln Martinique, Guadeloupe und Reunion vermögen ihre Ausgaben nicht zu decken. Das Mutterland hat 7,354,000 Frks. jährlich zuzuschießen. Die ebenso alte Besitzung am Senegal kostet Frankreich 7½ Millionen jährlich und sogar 11 Millionen, wenn man die in neuerer Zeit erworbenen Besitzungen am oberen Senegal dazu rechnet. Doch hängt Vieles von der Art und Weise der Verwaltung ab. Das anstoßende Gambia verursacht England keinerlei Ausgaben. Die übrigen Besitzungen an der afrikanischen Westküste, Madagaskar, Neukaledonien u. s. w. kosten auch noch verschiedene Millionen. Mit obigen kommen daher 25 Millionen heraus. Hierzu Tonkin und Anam mit 37 Millionen und Algier mit 25 Millionen, macht 87 Millionen. Rechnet man die Kosten der in Algier stehenden Truppen hinzu, so steigt die Summe auf 137 Millionen, denen nur die geringen Ueberschüsse Kochinchinas und Tunis gegenüberstehen. Abhülfe ist nur durch Aenderung des Systems möglich. Frankreich sendet nur wenig Ansiedler aus. Deshalb glaubt die Regierung, getreu der im Mutterlande herrschenden Gewohnheit, Alles selbst in die Hand nehmen zu müssen. Dadurch aber wird die Selbstthätigkeit der wenigen Ansiedler erst recht gelähmt. Dieselben verlassen sich auf die Fürsorge der Regierung, denken daher auch nicht daran, andere Ansiedler anzuziehen, weil diese ja ihren Antheil an der Regierungskasse schmälern würden. In Anam und Tonkin besitzt die deutsche Schifffahrt einen Vorsprung. Unter den europäischen Schiffen, die dort im Jahre 1886 einliefen, befanden sich 180 französische, 124 deutsche, 54 dänische und 48 englische. Ohne die durch einen hohen Staatszuschuß unterstützten messageries maritimes würde die deutsche Flagge die erste Stelle einnehmen. Die deutschen Schiffe brachten 1885 53,387 und 1886 66,206 Tonnen Waaren, wovon jedoch ein guter Theil nicht deutschen Ursprunges sein dürfte. Hinsichtlich des Werthes der Waaren, so bestätigt der Zolldirektor Roches, behaupten die deutschen Schiffe die erste Stelle. Uebrigens haben die Deutschen auch schon in dem Außenhandel des anstoßenden, seit 30 Jahren zu Frankreich gehörenden Cochinchina eine bedeutende Stellung errungen. Bis zum letzten Kriege (und sogar seither wiederum) war ein deutscher Kaufmann Schröder der Vertreter der französischen Bank in Saigon, da man diese Stellung lieber einem Deutschen als einem Engländer übertrug.

Petersburg, 28. September. In einem offiziösen Artikel, welcher in der „Polit. Korr." veröffentlicht wird, werden Demonstrationen mit Kriegsschiffen gegen Bulgarien als vollständig nutzlos verworfen. Es heißt darin:

„Das energische Vorgehen des Fürsten Bismarck anläßlich der bekannten Rustschuker Affaire hatte im ersten Augenblick im russischen Publikum Wünsche nach einem gleich schneidigen Auftreten seitens Rußlands wachgerufen und man gab vielfach der Ueberzeugung Ausdruck, daß die russische Regierung angesichts des unablässigen Widerstandes, der ihr seitens der gegenwärtigen Machthaber in Sofia entgegengesetzt wird, zu nachdrücklichstem Einschreiten gewiß vollauf berechtigt wäre. Diese Aktionslust verrauchte jedoch bald und machte der ruhigen Erwägung Platz, daß Rußland, welches den Balkanslaven seit jeher thatkräftige und opferbereite Sympathien bewies, diese Gesinnungen durch Anwendung von Gewaltmitteln gegenüber einer slavischen und orthodoxen Nation vollständig verleugnen würde. Wer könnte aber verbürgen, daß eine militärische Aktion gegen Bulgarien — und wäre sie noch so vorsichtig angelegt — nicht zu der Nothwendigkeit der Niederwerfung eines bewaffneten Widerstandes und zu Blutvergießen führen würde? Was aber das Auskunftsmittel betrifft, daß Rußland sich auf eine bloße Demonstration, etwa eine Hafen-Blokade beschränken möge; welcher Erfolg ließe sich von einer Operation der letzteren Art gegenüber einem Volke erwarten, das keinerlei auswärtigen Handel hat und demzufolge in der Lage wäre, dem Erscheinen russischer Schiffe vor seinen Häfen mit ziemlichem Gleichmuthe zuzuschauen? die Werthlosigkeit eines solchen Schrittes ist übrigens durch Erfahrungen erwiesen worden."

Stettiner Nachrichten.

Stettin, 2. Oktober. Herr A. Lorenz, der Küster der franz.-reform. Gemeinde, begeht am heutigen Tage die Feier seines 50jährigen Amtsjubiläums und sind aus diesem Anlaß mannigfache Vorbereitungen getroffen, um dem im Amte grau gewordenen Beamten Zeichen der Anerkennung zu geben.

— Der Gymnasial-Direktor Dr. Ludwig Streit am Gymnasium zu Kolberg ist in gleicher Eigenschaft an das Gymnasium zu Stargard i. Pomm. versetzt worden. — Die Beförderung des ordentlichen Lehrers Dr. Johannes Winkelmann am Realgymnasium hierselbst zum Oberlehrer an derselben Anstalt ist genehmigt worden.

— Dem Gerichtsschreiber, Sekretär Heberlein in Swinemünde ist der Charakter als Kanzleirath verliehen worden.

— In der Woche vom 25. September bis 1. Oktober wurden in der hiesigen Volksküche 1941 Portionen verabreicht.

Kunst und Literatur.

Theater für heute. Stadttheater: „Die Hugenotten." — Bellevuetheater: „Der Goldbauer."

Montag. Stadttheater: „Feenhände."

Vermischte Nachrichten.

Berlin, 1. Oktober. Wohl der größte Umzug, den Berlin jemals gesehen, ist gestern beschlossen worden. Das Panoptikum wird die Kaiser-Gallerie verlassen und am 1. Oktober 1888 in neue Räume, in unmittelbare Nachbarschaft ziehen. Am 15. September erfolgte seitens der Gesellschaft Passage die Kündigung der Räumlichkeiten unter dem gleichzeitigen Anheimstellen, daß gegen eine Miethe von 102,000 Mark an Stelle der 85,000 Mark und gegen eine gleichzeitige Garantie eines elektrischen Lichtverbrauchs von 20,000 Mark eine erneuerte Miethung stattfinden könne. Die Herren Gebrüder Castan gingen auf dieses Anerbieten nicht ein. Gestern sind die Abmachungen perfekt geworden, durch welche die gesammten Räumlichkeiten des neuen Prachtgebäudes, welches die Pschorr-Brauerei an der Ecke der Friedrich- und Behrenstraße errichtet, mit Ausnahme der Parterre-Räume, für das Panoptikum vermiethet werden. Gleichzeitig ist aber auch das sehr tiefe Krause'sche Grundstück in der Französischen Straße, welches hinten an das Pschorr-Gebäude anstößt, in den Besitz des Herrn Pschorr übergegangen und auch die gesammten Räume des hier in Verbindung mit dem Hauptgebäude zu errichtenden Prachtbaues sind für die Zwecke des Panoptikums bestimmt. Unseren Lesern dürfte das Haus wohl bekannt sein. Die „National-Zeitung" hat sich nahezu ein Menschenalter auf diesem Grundstück befunden. Kommerzienrath Pschorr aus München war während der letzten Tage in Berlin anwesend. Die Verträge sind bindend abgeschlossen und die Pläne dem Polizei-Präsidium bereits eingereicht. Die Architekten werden die Herren Kaiser und von Großheim sein. Es ist in den Plänen selbstverständlich Rücksicht genommen auf alle polizeilichen Anforderungen, die für derartige öffentliche und für Massenbesuch berechnete Unternehmungen gültig sind. So wird das Gebäude nicht weniger als 4 große Höfe enthalten und im Ganzen 4 Ausgänge haben. Der für Ausstellungszwecke verfügbare Raum im jetzigen Panoptikum umfaßt 1700 Quadratmeter, das neue Panoptikum wird 2360 Quadratmeter haben. Selbstverständlich wird bei dem Neubau auf die Zwecke des Unternehmens Rücksicht genommen werden, so daß viele Unzuträglichkeiten, so die schmalen Gänge, welche in dem jetzigen Hause oft zu Klagen Anlaß gegeben haben, in Wegfall kommen werden. Für das Panoptikum, das fünfzehn Jahre hindurch in der Kaisergallerie sein Heim hatte und das schon mehrfach einen Umzug geplant hatte, war es von höchster Bedeutung, in der Nähe seiner jetzigen Lage und an der großen Verkehrsader Berlins zu bleiben. Beide Bedingungen sind bei dem neuen Bau glücklich erreicht. Mit dem Bau wird so schnell als thunlich begonnen werden. (N.-Z.)

— (Petersburger Skandale.) In dem musikreichen Pawlowsk, so schreibt man aus Petersburg, kommt es während der sommerlichen Konzertsaison nicht selten zu ebenso pikanten wie stürmischen Scenen, und ganz besonders zeichnet sich in dieser Beziehung der Eröffnungs- und Schlußtag der Vauxhall-Konzerte aus. Auch der diesjährige Schlußtag, zu dem sich am vorigen Montag viele Tausende von Musik- und „Schönheits"-Liebhabern im schon recht herbstlichen Pawlowsk eingefunden, hatte wieder sein Skandälchen. Das Konzert war beendet; auf dem Bahnhofsperron drängte sich das Publikum zur Rückfahrt nach Petersburg; darunter auch eine sehr hübsche, junge Dame, welcher bereits seit längerer Zeit zwei Herren, der eine von unansehnlichem Aeußeren, der andere eine elegante, hohe Erscheinung, gleichsam wie ihr Doppelschatten gefolgt waren. Jetzt oder nie, dachte der Große, wandte sich in höflichster Weise an die jugendliche Schöne und erhielt auch eine jedenfalls nicht unfreundliche Antwort, die aber plötzlich durch eine klatschende Ohrfeige jäh unterbrochen wurde, welche der „Kleine" der liebenswürdig Lächelnden applizirte, worauf er die Hände auf den Rücken legte und mit stoischer Ruhe den energischen Einspruch der Umstehenden ob solcher Rohheit über sich ergehen ließ. Sofort wurde Polizei herbeigerufen, um das landesübliche Protokoll aufzunehmen, ohne welches es nun einmal in Rußland nicht abgeht; da öffnete der „Kleine" endlich den Mund und erklärte: „Was wollt Ihr denn eigentlich, was schreit Ihr so? Sie hat die Ohrfeige verdient; sie ist meine Frau!" „Ich Ihre Frau?" sprudelte die erzürnte Schöne wüthend hervor. „Ich . . . . .", aber plötzlich hielt sie inne und schaute starr vor Schreck auf den bisher so „Unansehnlichen", der unterdessen den Hut und mit ihm eine Perrücke abgenommen und jetzt auch den sehr entstellenden falschen Bart aus seinem Gesicht entfernte. Sieh' mich nur genauer an, so wirst Du mich wohl erkennen, mein Täubchen!" ermahnte er die abenteuersüchtige, ihm erst vor kaum sechs Wochen angetraute Gattin. Madame hatte aber schon genug gesehen; sie verschwand eilends und begab sich direkt zu ihren Eltern; das Publikum zuckte die Achseln und meinte, so etwas könne in den besten Familien vorkommen; Pawlowsk aber, das melodienreiche Pawlowsk, hatte sein alljährliches Schlußskandälchen gehabt! Es wäre ja auch unnatürlich gewesen, wenn der letzte genußreiche Konzertabend so ganz ohne pikante Zugabe geblieben wäre! Da wir gerade von Pikanterien sprechen, könnten wir auch noch von einem etwas unangenehmen Abenteuer erzählen, das jüngst ein galanter Petersburger Kaufmann hatte, dem sein Geld Extravaganzen erlaubt. Derselbe traf in einem Restaurant eine ältere Dame in Gesellschaft eines sehr hübschen, circa 16jährigen Mädchens und machte sehr schnell die Bekanntschaft der „Damen". Es wurde geplaudert, gegessen, getrunken; ja, wohl sehr viel getrunken. Denn das Triumvirat trank sich noch durch zwei andere Restaurants hindurch, und da ist es denn nicht zu verwundern, daß der Gastgeber schließlich mit sehr schwerem Kopfe, kaum mehr seiner Sinne mächtig, in seinem Heim anlangte. Als guter Kaufmann wollte er doch noch die Bilanz seiner außerordentlichen Nachtausgaben ziehen, und siehe da, ihm fehlten in seinem Portefeuille nicht weniger wie 530 Rubel baares Geld und Wechsel im Betrage von 5500 Rubel. Das konnte nicht mit rechten Dingen zugegangen: er mußte bestohlen sein; flugs wandte er sich an die Polizei, der es denn auch gelang, die liebenswürdigen „Damen" aufzuspüren und sie des Diebstahls zu überführen. Die Aeltere entpuppte sich als eine Bäuerin, die Jüngere als Arbeiterin in einer Papiros- (Zigarretten-) Fabrik, und in der Wohnung der Aelteren fand sich das gestohlene Baargeld im Schornstein versteckt vor; die leicht zum Verräther werdenden Wechsel hatte die großmüthige Bäuerin bereits dem Briefkasten der Kanzlei des Stadthauptmanns einverleibt. Dort erhielt sie der Kaufmann zurück, der nachträglich behauptet, seit jenem Abend verliere er oft die Besinnung, was wir aufrichtig bedauern; denn da kann ihm ein ähnliches Abenteuer, jedoch mit weniger günstigem Schluß, gar zu leicht nochmals passiren!

Verantwortlicher Redakteur: W. Sievers in Stettin.

Telegraphische Depeschen.

Danzig, 1. Oktober. Die außerordentliche Generalversammlung der Aktionäre der Marienburg-Mlawkaer Eisenbahn, an welcher sieben Aktionäre, die 4375 Stimmen vertraten, theilnahmen, genehmigte die Vorlage, entsprechend dem Abkommen mit der Staatsbahn-Verwaltung.

Hamburg, 1. Oktober. König Georg I. von Griechenland ist unter dem Namen Comte d'Achparnon 10 Uhr Vormittags mit Familie über Leipzig nach Wien abgereist.

Wilhelmshafen, 1. Oktober. Das Schulgeschwader ist heute Vormittag nach dem Mittelmeer abgesegelt.

Darmstadt, 1. Oktober. Der Großherzog und die Prinzessin Irene kehrten gestern Abend vom Besuch bei Ihrer Majestät der Kaiserin in Baden-Baden hierher zurück. Heute Vormittag reiste der Großherzog nach Offenbach, um der Einweihung der neuen Mainbrücke beizuwohnen.

München, 1. Oktober. (Kammer der Abgeordneten.) Das Gesetz betreffend die Aenderung der Verfassung wegen definitiver Anstellung von Beamten und wegen Verkäufen von Staatsgütern während der Regentschaft wurde nach unerheblicher Debatte in namentlicher Abstimmung einstimmig angenommen. Der Präsident giebt bekannt, daß der Prinzregent die Deputation der Kammer zur Ueberreichung der Adresse Montag Vormittag empfangen werde.

Wien, 1. Oktober. Der bevorstehende Besuch Crispis bei dem Fürsten Bismarck in Friedrichsruh wird hier als ein Symptom des in voller Kraft bestehenden Bündnisses Italiens mit Deutschland und Oesterreich mit lebhafter Befriedigung willkommen geheißen.

Die „Wiener Ztg." veröffentlicht eine Additionalkonvention vom 30. September d. J. zum Handels- und Schifffahrtsvertrage mit Belgien betreffend die wechselseitige Behandlung der Handlungsreisenden und der von ihnen geführten Muster.

Zu der gemeldeten Schmutzaffaire ist noch nachzutragen, daß die Fürstin Lilly Dolgorucky zwei Tage, von Dienstag bis Donnerstag, in polizeilicher Haft gewesen ist und erst vorgestern freigelassen wurde. Die Erpressung sollte an David Pinno, Direktor des Royal-Aquariums in London, geschehen. Lilly Dolgorucky betheuert auch jetzt ihre und des verhafteten Moreau Unschuld; sie befindet sich in ungünstigsten materiellen Verhältnissen. Moreau war französischer Offizier.

Arco, 1. Oktober. Gestern traf in dem hiesigen Winter Kurort zu längerem Aufenthalte die Erbgroßherzogin von Sachsen-Weimar mit Gefolge ein.

Sofia, 1. Oktober. Der deutsche Geschäftsträger Baron v. Thielmann reist morgen nach Deutschland ab.

Wasserstands-Bericht.

Oder bei Breslau, 30. September, 12 Uhr Mittags Oberpegel 4,94 Meter, Unterpegel — 0,13 Meter. — Warthe bei Posen, 30. September Mittags 0,34 Meter.